



Michael Hirn,
verantwortlicher
Redakteur b&w

Regelstudienzeit für Lehramt an Grundschulen:

In Baden-Württemberg werden die Studiengänge für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen und das Lehramt an Realschulen neu strukturiert. Künftig soll es ein gemeinsames Studium für das Lehramt an Hauptschulen und Realschulen mit einer Regelstudienzeit von acht Semestern geben. Das Studium für das Lehramt an Grundschulen soll abgekoppelt und zu einem eigenständigen Studiengang mit einer Regelstudienzeit von

sieben Semestern gemacht werden. Aus der Sicht der GEW ist die beabsichtigte Trennung des bisherigen Verbundlehramts Grund- und Hauptschule der Sache nach richtig. Nicht sinnvoll ist die Abkehr von einem Fächerstudium. Zur sinnvollen Basisqualifikation muss ein vollakademisches Fachstudium kommen. Die Schulen brauchen Expert/innen, die bei fachlichen Fragen (z.B. bei der Auswahl von Schulbüchern, der Entwicklung

von Konzeptionen) fundierte Entscheidungen begleiten können. Dies bedarf fachlicher Tiefe.

Es geht um reflexives, forschendes und situiertes Lernen, d.h. um die Wissenschaftlichkeit der Lehrerbildung. Bereits im Studium ist die reflexive Arbeit am professionellen Selbst eine wichtige Aufgabe. Von der Studienstruktur des neuen Grundschullehramts wird abhängen, ob sich junge Menschen bewerben, die sich ein voll akademi-

CDU-Fraktion

Gerne hätten wir Ihnen einen Fraktionsbeitrag zum Thema „neuer Studiengang Primarstufe“ für die „bildung&wissenschaft“ (b&w) zukommen lassen. Bedauerlicherweise haben unsere jüngsten Arbeitskreis- bzw. Fraktionssitzungen aber gezeigt, dass in diesem Punkt noch weiterer Beratungsbedarf besteht, weswegen wir zurzeit noch keine abschließende Stellungnahme abgeben können. Wir bitten um Verständnis hierfür.

Sandra Neudenberger
(Persönliches Büro des
Fraktionsvorsitzenden)

SPD-Fraktion

Die SPD fordert vier gleichwertige Bildungsstudiengänge. Das Lehramtsstudium muss den Erfordernissen der heutigen Schule und des heutigen Unterrichts angepasst werden – und dazu befähigen, künftigen, neuen Anforderungen offen zu begegnen. Die SPD-Landtagsfraktion fordert, dass Fachwissenschaft, Fachdidaktik und Pädagogik von Anfang an eng verzahnt werden. Wir wollen die bisherige schulartbezogene Lehrerausbildung und die damit verbundene Hierarchie der Hochschulen auflösen. Unser Ziel ist dabei das „Stufenlehramt“. Vier gleichwertige Bildungsstudiengänge sollen künftig nebeneinander stehen: der Bildungsstudiengang für Elementar- erziehung, für die Primarstufe, für

die Sekundarstufe I und für die Sekundarstufe II. Die Studierenden studieren künftig unabhängig vom angestrebten Lehramt an den Universitäten, Pädagogischen Hochschulen, den Kunst- und Musikhochschulen und den (Fach-) Hochschulen. Die Gestaltung des Studiums orientiert sich künftig also nicht mehr strukturell-hierarchisch, sondern inhaltlich-qualitativ.

Der Gleichwertigkeit der Bildungsstudiengänge entspricht dann auch die Dauer. Das Lehrerstudium umfasst folgende Phasen, unabhängig davon, welcher der vier Studiengänge gewählt wird: ein vier-jähriges Hochschulstudium, dem ein ein-jähriger Vorbereitungsdienst folgt. An das Lehrerstudium schließt sich die fünfjährige Berufseinstiegsphase an Schulen oder Kindertageseinrichtungen mit verpflichtenden Seminartagen an. Vor diesem Hintergrund spricht sich die SPD ausdrücklich dagegen aus, die Studienzeit für das Lehramt an Grundschulen auf sieben Semester festzulegen. In den frühen Jahren eines Kindes werden die entscheidenden Weichen für den weiteren Bildungsverlauf gestellt. Die Qualität der Ausbildung der Pädagoginnen und Pädagogen muss deshalb gerade in der Elementar- und Primarbildung gestärkt werden.

In der Lehrerausbildung insgesamt gilt es, neben dem weiterhin wichtigen fachwissenschaftlichen Anteil die diagnostischen Fähigkeiten sowie die Förder- und Beratungs-

kompetenzen der künftigen Pädagogen auszubauen. Mit diesem Lehrerbildungs-Konzept gelingt es nach Auffassung der SPD-Fraktion, die Studierenden auf die Herausforderungen in der Bildungspolitik optimal vorzubereiten und die jungen Menschen in Kindertagesstätten und Schulen bestmöglich individuell zu fördern.

Claus Schmiedel

Fraktion DIE GRÜNEN

Bestens ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer sind – neben besseren Lernbedingungen und längerem gemeinsamen Lernen – die wichtigste Voraussetzung dafür, dass alle Schülerinnen und Schüler individuell gefördert werden und hohen Lernerfolg erreichen. Der frühen Bildung der Kinder in den Kitas und in der Grundschule kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Niemand bestreitet mehr, dass die Arbeit in der Grundschule hohe fachliche und pädagogische Anforderungen an die Lehrkräfte stellt und die Grundschule als einzige Schule für alle Kinder bereits heute gute Arbeit leistet. Die hohen fachlichen und pädagogischen Kompetenzen, wie Diagnosefähigkeit, das Erstellen individueller Förderpläne, ein anspruchsvoller differenzierender Unterricht und eine qualifizierte Förderung jedes Kindes setzen für uns GRÜNE jedoch ein voll akademisches und wissenschaftliches Studium voraus.



Claus Schmiedel
(MDL), Fraktions-
vorsitzender



Winfried Kretsch-
mann (MDL),
Fraktionsvorsitzender

Wie gut sollen Lehrer/innen ausgebildet werden?

sches wissenschaftliches Fachstudium zutrauen. Für das professionelle Selbst von Studierenden ist ein anspruchsvolles Studium von entscheidender Bedeutung. Auch ob Männer für das Lehramt Grundschule gewonnen werden, wird ganz wesentlich davon abhängen. Andere Bundesländer haben sich für eine gleichwertige Ausbildung aller Lehrer/innen entschieden. So gibt z.B. Nordrhein-Westfalen dafür ca. 100 Millionen Euro

zusätzlich aus. In NRW werden künftig alle Lehramtsstudiengänge mit einem vollwertigen Master (300 ECTS-Punkte bzw. zehn Semester) abgeschlossen.

An der Qualität der Ausbildung wird die Wertigkeit der Arbeit an Grundschulen sichtbar. Die Arbeit mit kleinen Kindern ist nicht anspruchsloser und keinen Cent weniger wert als die Arbeit mit größeren Kindern. Aus der Sicht der GEW ist es deshalb notwendig,

das Studium Lehramt Grundschule für acht Semester auszulegen.

Michael Hirn

Die Fraktionsvorsitzenden der im baden-württembergischen Landtag vertretenen Parteien wurden gebeten, die Position ihrer Fraktion zu diesem Thema für die Leser/innen der b&w darzustellen. Hier die Antworten:

Bei der jetzt anstehenden Neuordnung der Lehramtsstudiengänge an den Pädagogischen Hochschulen darf deshalb das neue Lehramt für die Primarstufe nicht gegenüber dem neuen gemeinsamen Lehramt für die Haupt- und Realschule benachteiligt werden. Wir Grünen fordern von der Landesregierung ein achtsemestriges Studium für die Primarstufe das mit dem Masterstudium beendet wird. Genau so wichtig ist es aber auch, das Studium mit den Gelenkstellen im Bildungssystem stärker zu verzahnen. Dazu gehört die Schließung der Kluft zwischen dem Elementarbereich genauso wie die Verzahnung der Primarstufe mit der Sekundarstufe.

Für mich steht fest, dass dies am besten gelingen kann, wenn die Ausbildung der Erzieherinnen aufgewertet und die Lehramtsausbildung für die Sekundarstufe in ein echtes Stufenlehramt unter Einbeziehung der gymnasialen Lehrerbildung der Mittelstufe umgewandelt wird. Einer Absenkung der Besoldung der Grundschullehrkräfte erteilen wir eine Absage. Nur bei gleicher Ausbildungsdauer und Bezahlung können wir die besten jungen Menschen für die Grundschule gewinnen, sowohl junge Frauen und Männer.

Winfried Kretschmann

FDP-Fraktion

Die FDP/DVP-Fraktion befürwortet eine Neugliederung der Lehramtsstudiengänge für Grund-, Haupt- und Realschullehrkräfte. Künftig sollte es einen Studiengang für Lehrkräfte in der Primarstufe (Grundschule) geben und einen für Lehrkräfte in der Sekundarstufe. Für beide Studiengänge ist eine Regelstudienzeit von acht Semestern angemessen. Die anspruchsvolle Aufgabe, Schüler in einer der wichtigsten Entwicklungsphasen zu unterrichten und zu fördern, erfordert nicht zuletzt wegen der großen sozialen Bandbreite der Grundschüler unter anderem fundierte Kenntnisse und Fähigkeiten im Bereich der Entwicklungspsychologie, diagnostische Kompetenz, interkulturelle Kompetenz und nicht zuletzt profunde Kenntnisse in den jeweiligen Fächern. Je mehr Chancen wir verstreichen lassen, Kinder früh und nachhaltig zu fördern, desto schwieriger und auch kostenintensiver wird es später, die Versäumnisse wieder gutzumachen. Hinzu kommt, dass sich die Neigungen der Kinder neueren Erkenntnissen zufolge ungefähr bis zum zwölften Lebensjahr ausgeprägt haben und deshalb Lehrerinnen und Lehrer, die für ihre Fächer Begeisterung wecken können, eine außerordentlich bedeutsame Rolle in der Entwicklung der Kinder spielen. Es gibt also aus unserer Sicht keine Begründung für eine kürzere Studiendauer oder eine gehaltsmä-

ßige Schlechterstellung von Grundschullehrkräften.

Wichtig erscheint mir auch eine Integration aller Lehramtsstudiengänge in die gestufte Studienstruktur mit den Abschlüssen „Bachelor“ und „Master“ als echten Qualifikationen, wie wir das im Landeshochschulgesetz vorgezeichnet haben. Das Staatsexamen kann bestehen bleiben, wobei aber der „Master“ einen – soweit möglich polyvalenten – Abschluss bildet. Bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Studiengänge legen wir Liberale Wert auf eine möglichst große Wahlfreiheit bei den Fächern. Dies gilt vor allem auch für die Fachbereiche der angehenden Grundschullehrer. Nur wer sich für sein Fach begeistert, kann dies als Lehrer an die Schüler weitergeben. Dies gilt für die Naturwissenschaften ebenso wie für den musisch-künstlerischen Bereich oder den Sport. Und schließlich sollten wir den Pädagogischen Hochschulen die größtmögliche Freiheit bei der Ausgestaltung von Studium und Ausbildung einräumen. Das Land sollte sich darauf beschränken, zu erreichende Kompetenzen festzuschreiben, der Hinführung zu den Naturwissenschaften aber einen besonderen Stellenwert verschaffen. Welche inhaltlichen und didaktischen Wege beschritten werden, um diese Kompetenzen zu erreichen, wissen die Hochschulen selbst am besten.

Dr. Ulrich Noll



Dr. Ulrich Noll
(MDL), Fraktionsvorsitzender